

An die Redaktionen der
Deutschschweizer und räto-
romanischen Medien

Bern, 10. Februar 1987 AS/Sst

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Fronten gegen das Rüstungsreferendum beginnen sich zu formieren. Am letzten Wochenende gab als erste bürgerliche Bundesratspartei die SVP eine mehr als klare Nein-Parole heraus. Bereits vorher haben der Christlichnationale Gewerkschaftsbund (CNG), der Zentralverband der Arbeitgeber und das Redressement National (RN) das gegen die Armee gerichtete Begehren der linken Parteien abgelehnt.

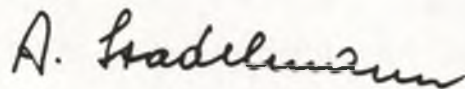
In unserem heutigen Pressedienst erhalten Sie wiederum einige Artikel zur freien Verfügung:

- Rüstungsreferendum: Nutzlos und gefährlich!
Von SVP-Nationalrat Adolf Ogi, Fraubrunnen/BE
- Anschlag auf die Armee verhindern!
Von FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel
- Es geht nicht um ein Volksrecht, sondern gegen die Armee
Von Dr. Paul Ehinger, Bundeshausjournalist, Bern

Gerne hoffen wir, dass wir Ihnen mit unserem Pressedienst Ihre politische Informationsaufgabe erleichtern können. Selbstverständlich sind wir auch bereit, redaktionelle Spezialwünsche zu erfüllen. Rufen Sie uns an!

Mit freundlichen Grüßen

Schweiz. Aktionskomitee "Nein zur Schwächung der Armee"
Für den Presseausschuss



Anton Stadelmann

Rüstungsreferendum muss abgelehnt werden:

Es geht nicht um ein Volksrecht, sondern gegen die Armee!

Das Volksbegehren "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" das sogenannte Rüstungsreferendum, verdient nur eine Parole: Nein. Es war richtig, dass Bundesrat und Parlament dazu keinen Gegenvorentwurf ausgearbeitet haben. Denn den Trägern geht es nicht um die Erweiterung der Volksrechte im Sinne der Einführung eines partiellen Finanzreferendums für Rüstungsabgaben, sondern allein um einen weiteren Pfeil gegen die Armee, gegen die Landesverteidigung, letztlich gegen die Interessen des Vaterlandes. Und solche Pfeile befinden sich weitere im Köcher der helvetischen Oekopax-Bewegung, man denke nur an die Armee-Abschaffungs-Initiative.

Das im Mai 1983 mit 111'126 gültigen Unterschriften eingereichte Begehren richtet sich gegen die abschliessende Finanzkompetenz der eidgenössischen Räte bei Militärausgaben. Es will die Verpflichtungskredite für Rüstungsprogramme und für militärische Bauten dem fakultativen Referendum unterstellen. 50'000 Stimmbürger oder 8 Kantone sollen gegen Kreditbeschlüsse der Bundesversammlung das Referendum ergreifen können.

Nur mit Hilfe von Extremisten zustande gekommen

Für das Volksbegehren sammelte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) als Initiatorin 82'228 Unterschriften. Die restlichen, für das Zustandekommen der Initiative notwendigen Signaturen, wurden von extremistischen Organisationen wie der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), dem Schweizerischen Friedensrat und Anti-AKW-Gruppierungen zusammengetragen. Ohne den Suktors dieser Gruppierungen wäre also das Begehren gar nicht zustande gekommen. Das zeigt immerhin, dass wohl der Grossteil der SP-Mitglieder und -Wähler von dieser armeefeindlichen Initiative nichts wissen wollte. Es wäre also falsch, die ganze SP in den gleichen, "landesverräterischen" Topf zu werfen. Das zeigt sich auch beim Verhalten einer ganzen Reihe von sozialdemokratischen Politikern.

Obwohl schon 1977 die Landesregierung in Beantwortung eines Postulates der Sozialdemokratischen Fraktion die Einführung des Rüstungsreferendums mit den gleichen Gründen abgelehnt hatte, konnten es sich die radikalen Elemente dieser Partei nicht verkneifen, die Initiative zu lancieren. Von naiven Gemütern wird nun vorgebracht, es gehe nicht zuletzt um die Einführung eines allgemeinen Finanzreferendums gegen Ausgabenbe-

schlüsse des Bundes. Aber auch dieses Argument stimmte nicht, wies doch der Bundesrat bereits auf die Schwierigkeiten vor der Volksabstimmung vom 30. September 1956 hin, als ein solcher Vorstoss deutlich scheiterte.

Fremdkörper in der Bundesverfassung

Ein partielles Finanzreferendum für Rüstungsbeschlüsse wäre eindeutig ein Fremdkörper in der Bundesverfassung. "Mit vollem Recht wurde deshalb schon wiederholt die Idee eines derartigen Referendums abgelehnt", schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft. Seit den 60er Jahren ist ausserdem der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt stark zurückgegangen. Es gibt deshalb keine hinreichenden oder neuen Gründe, die es rechtfertigen würden, einzig für Rüstungsvorhaben ein neues Mitbestimmungsrecht des Volkes einzuführen.

Es muss doch ganz klar gesehen werden: Die Verteidigungsaufwendungen haben bis anhin die Erfüllung anderer staatlicher Aufgaben in keiner Weise behindert. Ein Referendum brächte aber eine starke Erschwerung bei der Realisierung der Rüstungsvorhaben. Vor allem jene Projekte, die für mehrere Jahre geplant sind, würden darunter leiden. Für die einheimische Industrie bliebe dies nicht ohne Folgen, müssten doch Risiken zum vornherein abgedeckt werden. Im Widerspruch zum finanzpolitischen Anliegen der Initianten müsste demzufolge mit Mehrkosten für die Rüstung gerechnet werden.

Kampfkraft würde geschwächt

Aus diesen Gründen sei es nicht zu verantworten, den Aufwand für die Realisierung von Verteidigungsinvestitionen zu erhöhen, "ohne damit die Kampfkraft der Armee zu verstärken", wie es in der bundesrätlichen Botschaft heisst. Die Sicherheitspolitik hat sich nicht nur im Frieden, sondern auch in Krisenlagen zu bewähren. Im Ausland könnte die Neuerung als Nachlassen des seit jeher festen Wehrwillens der Schweiz aufgefasst werden. Das alles will das Schweizer Volk am 5. April nicht. Darum gibt es nur eines: Nein zum Rüstungsreferendum!

Dr. Paul Ehinger

ANSCHLAG AUF DIE ARMEE VERHINDERN !

Von FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel

Mit dem Rüstungsreferendum, wie die "Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben" kurz genannt wird, wollen die Initianten ein Finanzreferendum für Militärkredite einführen. Da unsere Verfassung ein Finanzreferendum nicht kennt und ein solches auch nur gerade bei Militärausgaben eingeführt werden soll, ist unschwer zu erkennen, dass es hier nicht, wie vorgeschoben wird, um "mehr Demokratie" geht, sondern schlicht um einen Anschlag auf die Armee. Dieser steht in einer Reihe ähnlicher Versuche, die bereits früher aus der gleichen politischen Küche erfolgten oder die dem Rüstungsreferendum noch folgen werden. So wartet ja noch die "Rothenturm Initiative" und das "Volksbegehren zur Abschaffung der Armee" auf ihre Behandlung.

Linke Absichten leicht durchschaubar

Ginge es den Initianten tatsächlich um einen Ausbau der demokratischen Volksrechte, so hätten sie ein allgemeines Finanzreferendum anstreben müssen, wie das bei den Kantonen und Gemeinden der Fall ist. Ein solches Begehren wurde allerdings schon früher vom Volk abgelehnt, wie im übrigen auch Vorstösse zur Beschneidung der Militärausgaben. Die Tatsache, dass die Sozialdemokraten und die mit dem Rüstungsreferendum liierte Sozialistische Arbeiterpartei (frühere Revolutionäre Marxistische Liga - RLM) diese Ausweitung auf andere Bundesaufgaben, wie etwa die Sozial-, Bildungs-, Landwirtschafts- und Gesundheitsausgaben die Lohnkosten des Bundespersonals nicht wünschen, zeigt deutlich, dass es den Initianten nur um eine Schwächung unserer Armee geht.

Hindernis Nr. 1: die militärische Geheimhaltung

Würde das Rüstungsreferendum verwirklicht, so müsste der Stimmbürger im Wissen um alle Hintergründe einen Entscheid über die Rüstungsbeschaffung fällen können. Solche offene Information ist aber im Rüstungsgeschäft nicht möglich. Zum einen sind die Waffenproduzenten nicht bereit, alle Produktionsgeheimnisse, die Entwicklungs- und Wirkungsdaten auf den Tisch der gesamten Schweizer - und damit auch der Weltöffentlichkeit zu legen. Dann aber haben auch unsere verantwortlichen Politiker und Militärs und damit auch wir, kein Interesse daran, dass alle Welt weiss, wieviele Waffensysteme wir wo einsetzen wollen, oder wie unsere Festungen ausgebaut werden und wie diese mit Einrichtungen und Waffen bestückt sind. Um aber einen demokratischen Entscheid fällen zu können, müssten doch

solche Daten dem Bürger zugänglich gemacht werden. Dass darunter die Dissuasionswirkung (Abschreckung) unserer Armee und unserer Landesverteidigung leiden würde, ist jedem einsichtig, ausser den sich in diesem Punkt naiv gebenden Initianten.

Plebiszit für die Armee

Was sich da unter dem Titel "mehr Demokratie" dem Volk anbietet, ist deshalb ein nur schlecht versteckter Angriff auf eine schlagkräftige Armee. Wer die Schwächung unserer Landesverteidigung nicht will, wird deshalb am 5. April mit einem Nein auf das Rüstungsreferendum antworten müssen. Er wird zudem später wieder Gelegenheit haben, weitere Angriffe auf unsere Armee abzuweisen, wenn die linken Initianten vollends ihr Visier öffnen und die "Abschaffung der Armee" verlangen.

Wirksame Kontrolle durch das Parlament

Unser Parlament entscheidet heute sogar zweimal über Rüstungsvorhaben: vorerst mit der Bewilligung des Verpflichtungskredits und dann noch einmal mit der Zustimmung zum Zahlungskredit.

Mit Blick auf die Budgethoheit der eidgenössischen Räte wäre ein Finanzreferendum für Rüstungsbeschlüsse systemwidrig und verfehlt. Es wäre sogar verfassungswidrig, nur gerade eine öffentliche Aufgabe einem solchen Sonderreferendum zu unterstellen. Auch weiss man, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt stark zurückgegangen ist. Das wäre wohl kaum der Fall, wenn sich die bisherige Ordnung und Kontrolle nicht bewährt hätten.

Verhängnisvolle Verzögerungen und Verteuerung im Rüstungssektor

Eine glaubwürdige Abwehrbereitschaft und mit dieser jedem Angreifer deutlich zu machen, dass der Eintrittspreis Schweiz zu hoch ist, diese Strategie der Abhaltung ist das oberste Ziel unserer Verteidigungsanstrengungen.

Ein Rüstungsreferendum stellt diese und vieles, was bis heute unter zum Teil grossen Opfern erreicht worden ist, in Frage. Verzögerungen von wichtigen Rüstungsvorhaben sind jedoch verhängnisvoll für die Sicherheit unseres Landes, die zudem nicht von Zufallsentscheidungen abhängen darf.

Das Rüstungsreferendum birgt auch das Risiko massiver Verteuerung der Beschaffung in sich. Es ist im übrigen selbstverständlich, dass wir gegenüber dem Ausland an der Geheimhaltung wichtigster Angaben im Rüstungssektor festhalten müssen.

Gefährliche Schwächung der Abwehrkraft

Die demokratische Kontrolle unserer Armee ist nötig und durch die Volksvertreter im National- und Ständerat gewährleistet. Nur gerade die Ausgaben für unser Milizheer dem Volksverdikt zu unterwerfen, wäre verfehlt und würde unsere Abwehrkraft unnötig schwächen.

Denen aber, die unsere Armee auf dem Umweg und unter dem scheinheiligen Titel "Mitsprache des Volkes bei den Militärausgaben" abschaffen möchten, darf nicht auf den Leim gekrochen werden.

Die Antwort kann nur das klare "Nein" zum Rüstungsreferendum sein!

Bern, 29. Januar 1987

Rüstungsreferendum: Nutzlos und gefährlich!

von Nationalrat Adolf Ogi, Fraubrunnen/BE

Am 19. Mai 1983 wurde die Volksinitiative für die Einführung eines Rüstungsreferendums mit 111'126 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt, dass alle Wehrkredite der Volksabstimmung zu unterbreiten sind, wenn 50'000 Stimmbürger oder acht Kantone gegen entsprechende Kreditbeschlüsse der Bundesversammlung das Referendum ergreifen.

1980 hatte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz gegen den Willen der Parteileitung beschlossen, die Rüstungsinitiative zu lancieren, und dieses Vorhaben endete vorerst in einer blamablen Pleite bei der Unterschriftensammlung, indem das Initiativkomitee bis zum Ablauf der Sammelfrist im Mai 1983 ganze 82'000 Unterschriften zusammenkratzen konnte. Nur durch eine gleichzeitige Aktion, eine "Zwangsernährung von ganz links", wie damals geschrieben wurde, konnte das Quorum erreicht werden. Während die SPS seinerzeit zur Begründung des Vorhabens vermehrte Mitbestimmung in Rüstungsfragen nannte, verfolgten die weiter links angesiedelten Helfer, ohne die das Quorum nicht erreicht worden wäre, eindeutig antimilitaristische Ziele.

Mit Recht fragte Jürg Schoch damals im Tages-Anzeiger: "Ob es nicht klüger für die SP wäre, wenn sie diese Partie aufgäbe? Wenn sie freimütig eingestände, dass sie mit ihrem "Hauptmotiv" in der Unterschriftensammlung nicht durchkam? Wenn sie sich konsequent von jenen Gruppierungen trennte, deren Motive sie ja nicht teilt?"

Diese Einsicht brachte die SP leider nicht auf, so dass wir nun zur Volksabstimmung aufgerufen werden!